

Achern. Die Festnahme eines 36-jährigen mutmaßlichen Angehörigen der 'Ndrangheta in Achern sorgte gestern für reichlich Gesprächsstoff in der Hornisgründestadt. Die mögliche Verstrickung des Mannes in Angelegenheiten der Mafia und das Schweigen der Ermittlungsbehörden zu Einzelheiten gaben reichlich Anlass zu Spekulationen. Oberbürgermeister Klaus Muttach wollte sich daran nicht beteiligen: „Dieser Fall von Kriminalität zeigt jedenfalls, dass wir in Achern nicht auf einer Insel der Seligen leben“, meinte er am Mittwoch. Das jedoch sei keine neue Erkenntnis. Muttach zufolge sei der ursprünglich aus Kalabrien stammende 36-jährige Festgenommene bislang in Achern nicht aufgefallen.

Ähnlich äußerte sich Guido Kühn, Leiter des Polizeireviereviere Achern/Oberkirch. „Wir hatten keine Auffälligkeiten in Sachen organisierte Kriminalität“, sagte er dem „Achern- und Bühler Boten“. Achern sei gewiss „als Zelle der Deutschland-Mafia bekannt gewesen“, so Kühn. Allerdings seien die Beamten an den Ermittlungen ebenso wenig wie an der Festnahme des 36-Jährigen durch Spezialeinheiten beteiligt gewesen. Allerdings sei der Festgenom-

mene in der Nacht zum Dienstag kurzzeitig in einer Zelle des Acherner Reviere untergebracht worden. Ob sich die Sicherheitslage in Achern seit der Festnahme des mutmaßlichen Mafiosi verändert hat? Kühn bleibt im Allgemeinen: „Jeder Straftäter, der nicht mehr da ist, macht Achern sicher.“ Wie berichtet, wurden bei der auch von Bundesinnenminister Thomas de Maizière gelobten Aktion gegen die ka-

labrische Mafiavereinigung 'Ndrangheta mehr als 160 Verdächtige festgenommen, darunter vier Männer im Alter zwischen 36 und 47 Jahren in Baden-Württemberg. Ihnen werfen die Ermittler von Bundes- und das Landeskriminalamt unter anderem Erpressung und Geldwäsche vor. Die von den italienischen Carabinieri gesteuerte „Operatione Stige“ richtete sich offenbar gegen den Clan Farao-Marincola, der im süditalienischen Ka-

labrien beheimatet ist. Dem Clan aus der dortigen Gemeinde Cirò sei es laut den Ermittlern gelungen, in der Region bedeutende Wirtschafts- und Handelszweige „radikal“ unter seine Kontrolle zu bringen: die Herstellung und den Vertrieb von Wein, Brot, Fisch und anderen Lebensmitteln, Dienstleistungen in Häfen, Glücksspiel, Wäschereien, Müllentsorgung, Beerdigungsunternehmen und die Verwaltung eines Aufnahmestützpunktes für Flüchtlinge. Nach Informationen der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ habe der Farao-Marincola-Clan in Deutschland über mehrere „operative Zellen“ verfügt, denen als legale Tarnung Restaurants, Eisdielen und eine Vereinigung italienischer Gastwirte dienten. Michael Moos

„Keine Insel der Seligen“

Mafia-Festnahme sorgt in Achern für Gesprächsstoff

Die Kommunen zahlen die Zeche

Landtagsfraktion stellt sich Bürgermeistern

Von unserem Redaktionsmitglied Frank Löhnig

Renchen/Achern. Was kann das Land für die Kommunen tun? Die CDU-Landtagsfraktion stellte diese Frage den Bürgermeistern aus der Region – und sie bekam vermutlich mehr Antworten als man gehofft hatte. Von der rasant aufklaffenden Schere bei der Finanzierung der Kindergartenplätze bis zum ruppigen Verhalten der Telekom beim Ausbau des Breitbandnetzes präsentierten die Rathauschefs aus der mittleren und nördlichen Ortenau den Christdemokraten, die zur Klausurtagung im Renchtal sind, eine Fülle von Themen, die diese offenkundig nicht zum ersten Mal vorgetragen bekamen. Die knapp ein- und eineinhalb Stunden, ohnedies schon knapp bemessen und weiter eingegrenzt durch eine veritable Verspätung der Parlamentarier, reichten bei weitem nicht aus, um die Rathauschefs nach dem Gespräch im Bürgersaal des Renchener Rathauses mit dem Gefühl zu entlassen, nun wirklich etwas erreicht zu haben. Klar aber wurde, was man sich schon vorher denken konnte: Es geht (fast) immer ums liebe Geld und die Erkenntnis bei den Kommunen, für die Beschlüsse von Bund und Land letztlich die Zeche zu zahlen. Das Paradebeispiel dabei lieferte der Acherner Oberbürgermeister Klaus Muttach mit einer Beispielrechnung ab. Binnen sieben Jahren sei der Aufwand allein für den Betrieb der Kitas in Achern um rund 2,8 Millionen Euro angestiegen. Dem würden Mehreinnahmen von gerade einmal 452 000 Euro gegenüberstehen – davon gerade einmal 26 000 Euro aus den Kindergartenge-

bühren. Das heißt: Unter dem Strich zahlt die Stadt, bezogen auf den kommenden Doppelhaushalt, 2,36 Millionen Euro jährlich drauf. „Wir leben“, sagt Muttach dazu, „in finanziell ordentlichen Zeiten. Das macht vieles einfacher, aber es macht auch leichtsinniger.“ Der Aufwand für die Kitas aber werde zum Problem.

„Die Kirchen ziehen sich mehr und mehr aus der Finanzierung der Kindergärten zurück, das müssen wir auch noch auffangen“, ergänzte der Seebacher Bürgermeister Reinhard Schmälzle. Meinrad Baumann, Rathauschef in Bad Peterstal-Griesbach: „Als ich vor acht Jahren angefangen habe, hatten wir 200 000 Euro Defizit in diesem Be-

reich, inzwischen sind es 450 000, Tendenz steigend.“ Dies sei der einzige Kostenpunkt im Etat, „der ins Ufer-

lose steigt“. Handfeste Zusagen von der CDU-Fraktion gab es nicht: Man erarbeite, so der finanzpolitische Sprecher Tobias Wald, eine Gesamtlösung in enger Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden, darin würden die Kosten für die Betreuung in Grundschule und Kindergärten zugleich geregelt. Zufrieden waren die Rathauschefs mit dieser Antwort nicht: Die Politik, so Muttach, habe hier einen Rechtsanspruch geschaffen, nun müsse sie auch für die Finanzierung sorgen: „Wir tragen hier keine Bitte vor, sondern klare Erwartungen.“

„Die Wanka-Millionen, wo sind sie?“ fragte unterdessen die Offenburger Oberbürgermeisterin Edith Schreiner. Sie verwies auf die Schwierigkeiten der Kommunen, die noch immer auf klare Aussagen des Landes zur Finanzierung der Digitalisierung in den Schulen war-



BRENNPUNKT KINDERGARTEN: Die Bürgermeister aus der Ortenau sehen hier eines der Hauptprobleme im Finanzverhältnis zwischen Kommunen und Land, die Kosten sind in den vergangenen Jahren aus dem Ruder gelaufen. Foto: Karmann

Ruppiges Verhalten beim Ausbau des Internets



GEDANKENAUSTAUSCH in der Grimmelshausenstadt: Ein ganzes Bündel an Wünschen gaben die Bürgermeister aus der Region den Mitgliedern der CDU-Landtagsfraktion mit auf ihren Weg. Foto: fi

ten – ebenso übrigens wie bei der Sanierung der Schulhäuser, wo Offenburg derzeit Maßnahmen für rund 30 Millionen Euro im Lastenheft stehen hat. Nun wartet man auf eindeutige Signale der Politik, wie dies alles in Angriff genommen werden kann, ohne Zuschüsse zu gefährden. Doch die Antworten waren nicht wirklich vielversprechend. Zwar stellte Tobias Wald eine Lösung für die Zuschüsse zur Schulsanierung für den Lauf des Jahres in Aussicht, doch dass auch die Mittel für die Digitalisierung der Schulen – bundesweit immerhin fünf Milliarden Euro – bald fließen wer-

den, dafür sind die Aussichten gering. Das Ganze scheiterte derzeit an verfassungsrechtlichen Erwägungen; Wege, das Geld direkt an die Kommunen auszuspenden, seien nicht in Sicht, wie Innenstaatssekretär Martin Jäger sagte. Dazu nämlich müsse eine Einigung des Bundes mit allen Ländern auf den Tisch, und „es gibt Landesregierungen, die nicht die Absicht haben, das Geld direkt an die Kommunen zu geben“. Man habe, so Jäger in einem Stoßseufzer, „manchmal den Eindruck, dass wir uns zu Tode verwalten“.

Wenig Hoffnung auf Besserung konnten die Parlamentarier den versammelten Bürgermeistern auch beim Thema Digitalisierung machen: Es könne doch nicht sein, dass jetzt mit Milliardenaufwand Parallelstrukturen geschaffen werden, beklagte OB Muttach die ausgesprochen unübersichtliche

Zitate

„Auf dem Dollenberg wird derzeit geschafft bis tief in die Nacht.“

MdL Willi Stächele zum seiner Ansicht nach großen Engagement der Fraktion in der derzeit in Bad Peterstal stattfindenden Klausurtagung

„Ja, in der Küche.“

Einwurf eines Abgeordneten, der die tatsächlichen Verhältnisse wieder zurechtzurücken wollte

„In meinem Alter ist mir egal, wie viel Presse zuhört.“

Willi Stächele wiederum auf den Einwurf, dass die Frage des Engagements der CDU-Fraktion während der Klausurtagung in der Folge des vorangegangenen Dialogs in den Medien erörtert werden könnte

Lage beim Ausbau des Glasfasernetzes. Hier sei die Politik gefordert, einen entsprechenden ordnungspolitischen Rahmen zu schaffen. Hintergrund: Seit der Kreis und die Kommunen ihrerseits am Ausbau des Netzes werkelten, verstärkt auch die Telekom wieder ihre Bemühungen, das Internet schneller zu machen und untergräbt so die Einigkeit der Kommunen, die der Kreis für sein Projekt dringend braucht. Die Klage nahmen die Parlamentarier ebenso zur Kenntnis wie die Nöte der Kommunen aus der nördlichen Ortenau bei der Vergabe der Stromkonzessionen, wo man sich bekanntlich einer völlig unübersichtlichen juristischen Gemengelage gegenüber- sieht. Gastgeber Bernd Siefertmann, Bürgermeister in Renchen, brachte es auf den Punkt: „Da stehen wir im Regen, allein und verlassen“.

Gemeinden arbeiten mit Landratsamt zusammen

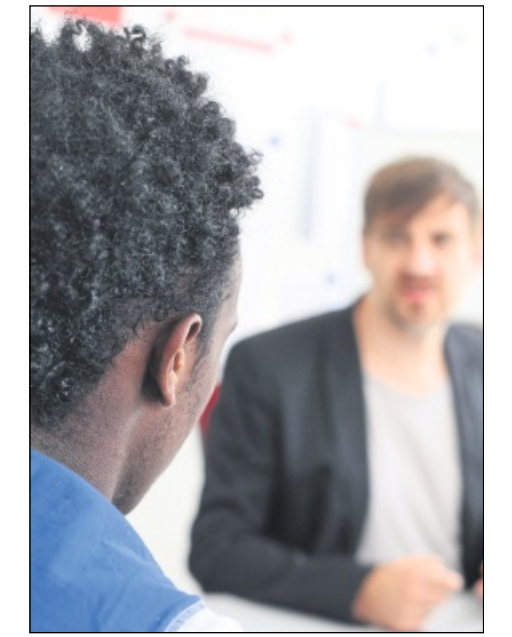
Arbeit der Integrationsmanager in den Kommunen läuft an / Sprechstunden bereits seit Herbst 2017

Von unserem Redaktionsmitglied Stefanie Prinz

Achern. Das Geld für das Integrationsmanagement liegt für die Kommunen in Baden-Württemberg bereit. Die Gemeinden können dabei wählen, ob sie ihr Integrationsmanagement vor Ort selbst organisieren oder es auf den Landkreis übertragen. Alle Gemeinden im ABB-Verbreitungsgebiet haben sich dafür entschieden, dabei mit dem Ortenaukreis zu kooperieren. „Im Laufe des Frühjahrs 2018 werden voraussichtlich rund 24 Personen ihre Arbeit aufgenommen haben. Von den 51 Kreisgemeinden nehmen elf das Integrationsmanagement selbst wahr, 40 haben die Aufgabe an den Flüchtlingssozialdienst des Landratsamts übertragen“, heißt es aus dem Landratsamt. Bei der Höhe des Zuschusses spielt die Anzahl der Personen eine Rolle, die sich zum Stichtag 15. September 2017 in Anschlussunterbringung befanden, erklärt Kerstin Burkart aus dem Sasbacher Bauordnungs- und Ordnungsamt. So stehen für die Stadt Achern 90 753 Euro zur Verfügung (114 Flüchtlinge), Ottenhöfen 54 930 Euro (69), Kappelrodeck 53 337 Euro (67), Renchen 50 949 Euro (64), Rheinau (53) 42 192 Euro, Lauf 29 455 Euro (37), Sasbach 23 882 Euro (30) und Seebach 19 902 Euro (25) bereit. Seit einigen Monaten gibt es beispielsweise in Ottenhöfen und Rheinau Sprechstunden, erklären die Hauptamtsleiter Klaus Kordick und Thomas Bantel, auch Barbara Kimmig aus dem Renchener Hauptamt berichtet: „Wir

haben schon einen Integrationsmanager, der zweimal wöchentlich ins Haus kommt.“ Als Grund dafür, dass die Aufgabe an den Kreis übertragen wurde, sagt Laufs Hauptamtsleiter Thomas Gerth: „Wir wollten keine Doppelstruktur schaffen, da wir bereits eine Flüchtlingsbeauftragte haben.“ Ausschlaggebend für die Stadt Achern seien die Halbierung des Betreuungsschlüssels für die anschlussuntergebrachten Flüchtlinge, die Vermeidung von Koordinierungsaufwand, eine höhere Wahrscheinlichkeit für ein Zustandekommen von Vertretungsregelungen und insbesondere der Zugriff auf qualifizierte und mittlerweile erfahrene Sozialarbeiter gewesen. Für Kappelrodeck sei die Verortung des Integrationsmanagers in der Ge-

meinde Bedingung für die Übertragung der Aufgaben an den Kreis gewesen. „Sollte dies nicht funktionieren, behalten wir uns vor, die Fördermittel selbst in Anspruch zu nehmen“, sagt Bürgermeister Stefan Hattenbach. Das Integrationsmanagement ist Kernelement des Paktes für Integration, den der Gemeindegast für die Gemeinden erstreiten musste, erklärt Hattenbach weiter. „Ganz wichtig wird es sein, dass der nur für zwei Jahre vereinbarte Pakt für Integration vom Land weitergeführt wird, sonst fällt die Finanzierung des Integrationsmanagements für alle Gemeinden weg.“ Die Integrationsmanager – also Sozialarbeiter – unterstützen Flüchtlinge in Anschlussunterbringung im Alltag und helfen, Integrationsangebote zu finden.



HILFE FÜR FLÜCHTLINGE: Kommunale Integrationsmanager. Foto: dpa